Donnerstag, 17. Januar 1924. **Einzelnummer 120000 Mark.** 63. Jahrgang. Nr. 14.

Bezugspreis*) monatl. M.:
bei der Geschäftsst. 2 000 000
bei den Ausgabest. 2 020 000
durch Zeitungsb. 2 040 000
durch Post inkl. Geb. 2 047 500
ins Ausland 3 000 000 p. M.
in deutscher Währg. nach Kurs

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens 80 000 M. Reklameteil 200 000 M. *) Sonderplatz 50% mehr

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 80 000 M. „ *) Reklameteil 200 000 M in deutscher Währung nach Kurs.

Fernspr. 2273 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen. Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Englische Gegenminen gegen Frankreich.

Frankreich hat zwar schwere wirtschaftliche und finanzielle Schädigungen durch die Ruhrbesetzung erlitten. Politisch aber fühlt es sich als Sieger, und seinen Generalen schwillt der Kamm täglich höher. Die gepanzerte Faust Frankreichs liegt auf dem Ruhrbecken, das unermeßliche Schätze an Kohle und Eisen enthält. Kohlen und Eisen aber bedeuten Macht politische und militärische Macht.

Frankreich glaubt aber, seine Macht durch die Besetzung des Ruhrgebietes noch nicht genügend stabilisiert zu haben. Durch ein System von Bündnissen möchte es in Mittel- und Osteuropa Fuß fassen und durch Ausrüstung seiner Vasallen einen eisernen Ring um Europa und einen Damm zwischen Europa (vor allem Deutschland) und Sowjetrußland bauen. Im Leitartikel der Nr. 6 des „Posener Tageblattes" ist dargelegt worden, in welcher Weise die französische Politik in Europa vorgeht und welche Staaten sich in ihr Gefolge begeben.

Jetzt nach errungenem Ruhrsieg erschallen in Frankreich Lockrufe von einer Morgenröte der Versöhnung. Auch der beständig fortschreitende Sturz des Franks wirkt vielfach ernüchternd. Man hat ja aus früheren Zeiten ein Beispiel, daß die Devisenspekulation in Paris zu Zeiten des Generals Boulanger der Kriegshetze durch Sinkenlassen des Franks ein Ende machte und für die Bewahrung des Friedens wirkte. Doch das war vor dem Kriege, in der Zeit nach der Demütigung Frankreichs. Jetzt nach dem Sieg im Weltkriege, dessen Gewinn sich Frankreich allein zuschreibt, ist die Gesinnung ganz anders. Die Senatswahlen haben die Machtstellung Poincarés und seiner Partei bestätigt, ein bedeutsames Vorzeichen für die Kammerwahlen im April. Frankreich ist vorwiegend ein Agrarstaat, und die französischen Landwirte sind mit der Sachlage zufrieden, da ihre materielle Lage sich seit dem Kriegebeständig gebessert hat und auch unter der Ruhrbesetzung kaum gelitten hat. Sie werden für Poincaré stimmen. So ist aller Wahrscheinlichkeit nach ein Sieg der Rechten zu erwarten.

Ueber das rücksichtslose Hegemoniestreben Frankreichs spricht sich besonders deutlich das Mitglied der Kammerkommission für Auswärtiges Henri Lorrain im „Journal" aus. Er bezeichnet den franko-tschechischen Vertrag als **Vorboten eines neuen Europa unter französischer Hegemonie.** Lorrain erklärt, daß Paris nicht danach frage, was aus Englands Schützling, aus Deutschland, werden solle. Europa werde auch dann arbeiten können, wenn Deutschland wirtschaftlich und industriell erledigt sei. Ja, Frankreich würde es gern sehen, wenn die deutsche Industrie zur Machtlosigkeit verurteilt würde und der deutsche Kunde wirklich kaput ginge. Lorrain erhoffte in seinem Aufsatz, der noch vor der Belgrader Konferenz erschien, daß **dem Bündnis mit der Tschechoslowakei eine Reihe neuer Verträge mit den Oststaaten, und schließlich mit Rußland folgen werde.**

Der etwas unerwartete Verlauf der **Belgrader Konferenz** hat jedoch durch diese kecken Hoffnungen einen dicken Strich gezogen. **Rumänien und Jugoslawien erklärten, daß sie das Beispiel Beneschs nicht nachahmen und keine derartigen Verträge mit Frankreich schließen würden.**

Südslawien nimmt zwar die französischen Rüstungsgelder, will sich aber nicht als Hinterhalt gegen Italien gebrauchen lassen. Daher einigte es sich in der **Fiumefrage** gütlich mit Italien, wobei es recht günstig abschnitt, indem es den Hafen Baros und das Delta zugesprochen erhielt. Mussolini will offensichtlich die Schärfe des serbischen Dolches, den Frankreich gegen ihn lenken möchte, abstumpfen, — eine nicht ungeschickte Politik.

Rumänien hat Beßarabien, auf das Sowjetrußland Ansprüche erhebt, und es hat keine Veranlassung, die Sowjets unnötig zu reizen. Das würde aber Frankreich gern sehen. Außerdem ist Rumänien nicht gesonnen, willenlos seine Petroleumfelder von Frankreich ausbeuten zu lassen. Der Grundsatz „die Bodenschätze Rumäniens den Rumänien" wird hier geltend gemacht (anders als in Polen). Frankreich ist über dies mangelnde Entgegenkommen gegenüber seinen Ausbeutungsplänen entrüstet und hat **die Gewährung der Anleihe an Rumänien für unbestimmte Zeit vertagt.**

So brachte die Belgrader Konferenz eine Durchkreuzung der Pläne des französischen Polypen, der alles mit seinen Fangarmen ergreifen möchte, durch den gesunden Egoismus von Staaten, die weit genug von der unmittelbaren französischen Einflußsphäre entfernt liegen, um die „Rache" Poincarés nicht zu fürchten.

Herrn Benesch wurde in Belgrad gesagt, daß trotz aller schön klingenden Erklärungen sein Bündnis mit Frankreich doch **gegen Deutschland** gerichtet sei, und daß man keinen Anlaß habe, sich zu Dienern ganz fremder Interessen zu machen.

Die französisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen wurden abgebrochen. Auch in der Tschechoslowakei ist eine starke Strömung gegen die Anerkennung Sowjetrußlands vorhanden, die von dem bekannten Panslawisten Dr. Kramarz geführt wird. Man sympathisiert mehr mit den Emigrantenkreisen. Hingegen nehmen die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen einen günstigen Verlauf, und die Krupp in Südrußland gewährten Landkonzessionen werden fruchtbar ausgenützt.

So scheint es zur Zeit, als ob die drei Staaten Südslawien, Rumänien und Rußland der Umklammerung des französischen Polypen zu entrinnen trachten. Südslawien durch die gütliche Einigung mit Italien, Rumänien durch die Ablehnung größerer Petroleumkonzessionen, Rußland durch Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen.

Man geht gewiß nicht fehl, wenn man bei dieser Entwicklung auch **Englands Hände** im Spiel erblickt. England ist aufs tiefste beunruhigt durch das starke französische Übergewicht und greift auf **die alte Politik des europäischen Gleichgewichtes** zurück, um nicht eines Tages einem unter französischer Kriegsflagge segelnden Europa allein gegenüberzustehen. Großes Aufsehen erregte ein anscheinend offiziös inspirierter Artikel der Monatsschrift „The Fortnightly Review". Der Artikel geht von dem Verschwinden der Herzlichkeit der Beziehungen zwischen Frankreich und England aus, weist auf die ungeheure Machtstellung Frankreichs hin, die sich auf das stärkste Heer und auf den unmittelbaren oder mittelbaren Besitz der großen Kohlenbecken Mitteleuropas (Saar, Ruhr, Oberschlesien) und auf ein System von Bündnissen stützt. Dazu kommen noch starke Positionen in Asien (Syrien) und Afrika (Tunis, Algier, Marokko).

Der Verfasser jenes Artikels, der mit „Augur" zeichnet, erklärt, daß außer einer geringeren Zahl fanatischer Militaristen oder Sozialisten in England niemand an einen Krieg mit Frankreich denke. Man müsse auf friedlichem Wege zur Beilegung der Rivalität gelangen. Der beste Weg sei, die **Gründung eines Gegenbündnisses der nicht französisch orientierten Staaten.** Dadurch werde das Gleichgewicht Europas wiederhergestellt und die Sicherheit Englands verbürgt. „Der Stand der Dinge in Osteuropa würde greifbar verbessert werden zu unserm großen Nutzen, wenn wir eine ernste Anstellung längs der Linie London—Berlin—Warschau—Moskau unternehmen würden . . . Wenn es jemand fertig brächte, eine Annäherung zwischen Polen und Deutschland auf der einen Seite und zwischen Polen und Rußland auf der anderen Seite herbeizuführen, was überhaupt nicht unmöglich ist, so wäre der Nutzen für unsere

Die „Bereitschaft polnischer Patrioten".

Die Verhaftungen in Warschau dauern fort. Die Untersuchung soll festgestellt haben, daß die „Bereitschaft polnischer Patrioten" mit der Möglichkeit eines Staatsstreichs rechnete und Vorbereitungen traf, im geeigneten Moment die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen. Es wird berichtet, daß die Versammlungen der Organisation in unterirdischen Räumen (in den Gewölben der Allerheiligenkirche und der Kapuzinerkirche) unter Beobachtung gewisser mittelalterlicher Zeremonien stattfanden und daß Neueintretende Treue und Gehorsam geloben mußten. Mitglieder der Organisation durften Männer im Alter von 18 Jahren an und Frauen im Alter von 31 Jahren an sein. Unter den Mitgliedern waren viele Studenten des Warschauer Polytechnikums. Im Ganzen soll die Organisation etwa 6000 Mitglieder gehabt haben.

Die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung.

Aus Warschau wird gemeldet: Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß die „Bereitschaft polnischer Patrioten" einen eigenen „Generalstab" besaß und einen straffen organisierten Nachrichtendienst, der ihr sehr genaue Berichte über die Verhältnisse in der polnischen Armee und in der Staatspolizei lieferte. Es wurden viele Schriftstücke und Drucksachen von großer Bedeutung gefunden.

Keine Verbindung zwischen General Szeptycki und der „Bereitschaft".

Der Kriegsminister hat im Zusammenhang mit Pressemeldungen, nach denen General Szeptycki die „P. P. P." unterstützt haben soll, von dem Beschuldigten ein Telegramm folgenden Inhalts erhalten: „Ich erkläre offiziell, daß ich weder während meiner Amtshandlungen als Kriegsminister, noch vor der Übernahme des Ministeriums, noch nach meinem Abschied Gelder aus der Staatskasse oder aus eigenen Mitteln an die „Bereitschaft polnischer Patrioten" gegeben habe und daß ich niemals die Absicht gehabt habe, diese Organisation zu unterstützen."

Wer lieferte die Mittel, das Unternehmen aufrechtzuerhalten?

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Warschau, 16. Januar. Während der letzten Krise und vor allem in den Tagen, als Herr Thugutt mit der Bildung des Ministeriums betraut war und er sich bemühte, den bei der Rechten so sehr verhaßten Marschall Piłsudski als Kriegsminister zu gewinnen, wurde mehr oder weniger offen in Warschau davon gesprochen, daß ein Faszistenputsch zu befürchten sei, wenn Piłsudski an die verantwortliche Stelle trete, und daß die Diktatur von rechts angestrebt werde. Man hielt diese Äußerungen für Märchen. Nun aber hat die Regierung des Herrn Grabski den dankenswerten Mut besessen, mit fester Hand in ein Verschwörernetz hineinzugreifen, das sich über ganz Polen hinwegzieht und das an Festigkeit seiner Organisation nicht zu vergleichen ist mit der dilettantischen Verschwörerorganisation der Kommunisten, als deren Hauptfaktoren vor einigen Wochen zwei polnische Offiziere vor Gericht gestanden haben. Die aufgedeckte Organisation hatte ihren Generalstab, ihre Offiziere und — was ihr den gefährlichen Hintergrund gibt — ihre straffe Disziplin. Der Eid, den jedes der Mitglieder in den Kellern der Allerheiligenkaserne von Grzybow leisten mußte, nahm selbst die Todesstrafe für „Verrat" mit in den Kauf, und alles hatte einen streng militärisch geregelten Anstrich. Dem Verband gehören Personen von Rang und Stellung an, und es ist auf alle Fälle merkwürdig, daß ihm eine Menge streng vertraulicher Militärgeheimnisse bekannt war. Der Generalstab erteilte seine Befehle, von denen eine Anzahl von Exemplaren aufgefunden wurde, er verfügte über seine „amtlichen" Stempel und war zudem über alle Schritte der politischen Polizei genau auf dem Laufenden. Nun ist der Generalstab dieser gefährlichen Gesellschaft aufgehoben worden. Hinter Schloß und Riegel sitzen die Hauptführer Pokosławski und Gorczyński, der Reservehauptmann Michałowski, der Industrielle Leśniewski, ferner die Befehlsführer des Verbandes Faryński und Galiński. Wie gut und zuverlässig alles angeordnet war, geht schon daraus hervor, daß ganz Polen von ihnen in 26 Bezirke eingeteilt war und daß, anders als bei den im Grunde kindischen Versuchen der Anarchisten vom Schlage Bagińskis, zu Befehlsführern der Distrikte zuverlässige und zu allem bereite Männer angestellt waren. Die Untersuchung wird vor allem einmal Wert darauf zu legen haben, herauszufinden, wer eigentlich die Mittel zu diesem großzügigen hochverräterischen Unternehmen geliefert hat. Wenn man hier endlich Ordnung und Recht schafft, so wird dies entschieden zur Beruhigung des Landes beitragen.

Die Haltung der Regierung gegenüber der „Bereitschaft polnischer Patrioten".

Die Montagssitzung des Ministerrates war teilweise der Angelegenheit der „Bereitschaft polnischer Patrioten" gewidmet. Nach der Sitzung konferierte der Ministerpräsident längere Zeit mit dem Generalstaatsanwalt Bukowiecki.

Englisches Kapital in der Lodzer Industrie.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Warschau, 16. Januar. Eine der größten Textilfabriken in Lodz ist in englische Hände übergegangen. Ein Zeichen der Zeit. Es handelt sich um die Widzewer Manufaktur, vormals Heizel und Kunitzer. Die Riesenfabrik war vor etwa zwei Jahren niedergebrannt und nun mit völlig neuen Maschinenanlagen ausgestattet worden, die aus England bezogen wurden. Das Unternehmen hatte den Hauptteil seiner Aktien in London verpfändet, und nun, da diese Aktien nicht eingelöst werden konnten, sind sie zu 65 Prozent in englischen Besitz übergegangen. Wir haben hier also das erste große Beispiel dafür, daß die englische Finanz in großem Maßstabe in die polnische Industrie eindringt, was als Gegengewicht gegen den französischen Einfluß nicht ohne Bedeutung ist.

In Lodz steht wieder einmal ein allgemeiner Streik bevor. Es handelt sich um einen Sympathiestreik für die Metallarbeiter. Auch den Arbeitern dürfte es nicht recht wohl bei diesem Beginnen sein, und sie rufen die Vermittlung der Regierung an. Die Arbeitslosigkeit in Lodz nimmt auch ohnedies immer schwerere Formen an. Ihre Ursache hat sie einerseits in dem wachsenden Geldmangel, anderseits in der Schwierigkeit, Verkäufe zu betätigen.

Von dem Geldmangel kann man sich einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß die allerdings größte Firma, Scheibler, allein schon jede Woche für die Auszahlungen an Beamtengehältern und Löhnen die Riesensumme von 700 Milliarden polnisch benötigt. Hierzu treten die neuen Abgaben und Steuern und die vom Finanzministerium beabsichtigte Stillegung der Notenpresse. Man kann sich denken, daß manches Unternehmen augenblicklich von den schwersten Sorgen geplagt ist. Wir haben zudem zahlreiche kleinere Industrielle getroffen, die uns entwickelten, daß sie bei weitem bessere Geschäfte machten, wenn sie ihre Betriebe stillegten und die in ihrem Besitze befindlichen Dollar ausliehen, wofür eben 7 Prozent pro Monat in Dollar gegen Sicherheit gezahlt werden. Wie man sieht, ein äußerst ungesunder Zustand.

Von den Fabrikanten größeren Stiles wird viel darüber geklagt, daß ihre eigenen Abnehmer die Waren um 25 Prozent billiger verkaufen als die Produzenten selber, da die Waren noch zu niedrigen Kursen auf Wechsel genommen wurden. Die Industrie leidet also unter einer furchtbaren Absatzkrise, die noch durch die hohen Gestehungskosten aufs äußerste verschärft wird. Man sieht äußerst trübe in Lodz und weiß keinen Ausweg aus der schweren Krisis.

Die Krise in der Lodzer Textilindustrie.

Im Zusammenhang mit der drohenden Krise in der Lodzer Textilindustrie wurde im Arbeits- und Wohlfahrtsministerium am Dienstag unter dem Vorsitz des Ministers Darowski eine Konferenz mit Vertretern der Arbeiterberufsverbände sämtlicher Gruppen abgehalten. Der Minister versicherte, daß die Regierung außerordentlich bemüht sein werde, die schwierigen Bedingungen zu überwinden, und appellierte an die versammelten Vertreter der Verbände, mit der Regierung Fühlung zu halten.

1 Dollar	= 10 500 000 Mkp.
1 Valorisierungsfrank.	= 1 900 000 Mkp.
1 Danziger Gulden . . .	= 1 840 000 Mkp.
1 Goldmark	= 2 557 500 Mkp.

Politik sehr bedeutend". Unter Hinweis auf eine mögliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland wird der englischen Diplomatie Eile empfohlen. Außer **Deutschland** und **Rußland** hat England noch **Italien**, das ja ebenfalls über den französisch-tschechischen Vertrag ungehalten ist, **Ungarn** und **Bulgarien** im Auge.

Wilson hatte zur Verhütung der Politik der Allianzen, die den Frieden gefährdet, den **Völkerbund** ersonnen. Aber der Völkerbund ist offenbar nicht in der Lage, den Traum seines Schöpfers zu verwirklichen. Frankreich hat die alte Allianzpolitik wieder aufgenommen, als ob nichts geschehen wäre, und England sieht sich gezwungen, zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes denselben Weg zu beschreiten. Ob dies freilich gelingt, ist natürlich fraglich. Deutschland ist der einst so gehaßte und verschmähte frühere Gegner, in Rußland herrscht das bolschewistische halb barbarische System, Polen wird nicht so leicht von seiner schädlichen franzosenfreundlichen Politik abzubringen sein. Trotzdem verspricht diese Entwicklung doch zum mindesten eine **stärkere Abschwächung der französischen Hegemonie in Osteuropa**. Die Unlust Südslawiens und Rumäniens zu einem Bündnis mit Frankreich spricht deutlich für diese Tatsache. Auch in Polen wird der Gedanke wenigstens erwogen, sich mit England besser zu stellen, wenn auch an dem Grundpfeiler des französischen Bündnisses niemand ernsthaft zu rütteln wagt.

Republik Polen.

Zu dem neuen Urteil im Contag-Prozeß

(Vgl. „Pos. Tagebl." Nr. 13: „Eine Verurteilung deutscher Redakteure") wird jetzt noch gemeldet:

Contag wurde zu **15 Monaten Gefängnis** verurteilt, wobei **5 Monate auf Grund der allgemeinen Amnestie abgezogen** und **9 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet** wurden. **Kruse** wurde zu **9 Monaten Gefängnis** verurteilt; die **Hälfte** dieser Zeit wurde **amnestiert**. Gegen das Urteil wurde **wiederum Revision angemeldet**. Beide Angeklagten wurden in Haft genommen (die Contag bereits seit dem 29. März 1923 ertragen muß); gegen die Stellung einer Kaution von zusammen 800 Millionen Polenmark werden sie vermutlich aus der Untersuchungshaft entlassen werden.

Der **Antrag der Verteidigung** — sie lag in den Händen des Rechtsanwalts **Sioda** —, den bekannten Art. 6 des **Amnestiegesetzes** vom 24. Juni v. Js. **in Anwendung zu bringen**, der den **vollen** Erlaß der Strafe verbürgt, wurde **mit der Begründung abgelehnt**, daß die Angeklagten als fest angestellte Redakteure mit monatlich zahlbarem Gehalt die inkriminierten Artikel **nicht aus politischen, völkischen oder religiösen Motiven**, sondern allein **aus Erwerbsrücksichten** (!) geschrieben, bzw. aufgenommen hätten. Der Einwand des Verteidigers, daß dann auch ein Sejmabgeordneter mit Rücksicht auf seine Aufwandsentschädigung nicht aus politischen Motiven handeln könne, blieb ohne Antwort. Es muß hervorgehoben werden, daß im Revisionsverfahren schon wiederholt das Amnestiegesetz auf deutsche Redakteure so angewandt wurde, daß ihnen die Gefängnisstrafe ganz erlassen wurde.

Der Saatenstand im Dezember.

Im Saatenstand sind in der ersten Hälfte des vorigen Monats keine größeren Änderungen eingetreten. Der Stand der Saaten stellt sich wie folgt: Weizen 3,9; Roggen 3,9; Gerste 3,3; Raps 3,7; Klee 3,5.

Aus der polnischen Presse.

Die Valorisierung des Arbeitseinkommens

wird in der polnischen Presse lebhaft erörtert. So schreibt z. B. die „**Rzeczpospolita**":

„Besondere Hervorhebung verdient der moralische Charakter des Problems. Solange nämlich von der Valorisierung der Staatszuständigkeiten die Rede ist, so lange ist alles in Ordnung. Wenn aber der Grundsatz der Valorisierung allmählich in alle Zuständigkeiten überhaupt eindringt, eigentlich schon zum überwiegenden Teile im ganzen Wirtschaftsleben Eingang gefunden hat, dann muß die Arbeit mit unerbittlicher Notwendigkeit zu Worte kommen und die ganze Sache deutlich und energisch hinstellen. Denn man kann nicht die ganze Wirtschaftskalkulation in Einheiten festen Wertes durchführen, während man die Arbeit weiter in Einheiten veränderlichen und ununterbrochen abnehmenden Wertes entlohnt. Aber auch **materielle Gründe sprechen ganz entschieden für die Valorisierung der Arbeit**. Vor allen Dingen deshalb, weil die Arbeit **in einer ganzen Reihe von Berufen**, besonders auf dem Gebiete der geistigen Arbeit, **unerhört niedrig bezahlt** wird, was sich nach Umrechnung der in Polenmark ausgedrückten Besoldungsquoten in beständigen Werteinheiten zeigt. Und dann deshalb, weil die Leute der Arbeit eigentlich nicht einmal das erhalten, was ihnen zusteht. Von diesen beiden Gründen verdient der zweite, und nicht der erste, wie es scheinen könnte, besondere Beachtung."

Der Verfasser des Aufsatzes ist der Ansicht, daß, obwohl die Leute, die vom Erwerb leben, sich wirklich in einer ungemein schwierigen Lage befinden, sie doch nicht das ungewöhnlich zusammengesetzte, ja, sogar gefährliche Problem nur vom Standpunkt der eigenen Interessen aus betrachten dürfen, und kommt zu dem Schluß, daß eine plötzliche Einführung der Vorkriegssätze eine starke wirtschaftliche Erschütterung hervorrufen würde. Was die Frage des tatsächlichen Besoldungsäquivalents betreffe, so dränge sich hier das Postulat der Valorisierung schon jetzt mit unabweisbarer Notwendigkeit auf und müsse durchgeführt werden, da wegen der ständigen Markentwertung und der Anwendung des Teuerungskoeffizienten vom Vormonat der Auszahlung die Besoldungssätze nicht den Quoten entsprechen, die den Angestellten zustehen.

Die englische Untersuchung in der Pfalz.

Der englische **Generalkonsul Clive** gewährte am Sonntag in **Heidelberg** einem Mitarbeiter des „Berl. Tagebl." eine Unterredung. Er betonte, daß **England** in der pfälzischen Angelegenheit **durchaus unparteiisch und korrekt** vorgehen werde. „Ich bin," so führte er aus, „deshalb beauftragt worden, mich an Ort und Stelle über die Verhältnisse in der Pfalz zu unterrichten, weil diese zu meinem Tätigkeitsbezirk gehört. Es handelt sich um **keinerlei Diskreditierung Frankreichs**. Ich habe bereits mit **Vertretern der pfälzischen Parteien gesprochen**, um mich über die Zustände zu unterrichten. Ich werde aber **beide Parteien hören** und daher **auch die Separatisten**. Ich reise heute noch nach **Mannheim**, wo ich eine **Unterredung mit Vertretern der pfälzischen Kirche** haben werde. Auch nach **Speyer** werde ich reisen, um dem **General de Metz** einen Besuch abzustatten." Im Verlauf der Unterredung erörterte Generalkonsul Clive nochmals den Standpunkt in der pfälzischen Frage, den bereits Lord **Curzon** gegenüber der französischen Regierung zum Ausdruck gebracht hat. „Die Rheinlandkommission," so führte Clive weiter aus, „**hat nicht das Recht, ohne weiteres die sogenannte „autonome Regierung" der Separatisten in der Pfalz anzuerkennen.** Wenn sie aber die Maßnahmen der separatistischen Regierung registriert, so bedeutet dies eine de facto-Anerkennung. **Gegen diese Beschlüsse Frankreichs und Belgiens hat der englische Vertreter Lord Kilmarnock ein Veto eingelegt.** Die Registrierung der Beschlüsse der „autonomen Regierung" ist deshalb vorläufig auf einen Monat verschoben worden." Die Entscheidung wird von dem Ergebnis der diplomatischen Verhandlungen zwischen London und Paris, für deren Ergebnis der Bericht des Generalkonsuls von Bedeutung sein dürfte, abhängen. „England," so betonte Clive, „**steht auf dem Standpunkt, daß das separatistische Problem in der Pfalz eine innerpolitische Angelegenheit Deutschlands** und nur auf legalem Wege, das heißt **auf Grund des Artikels 18 der Weimarer Verfassung**, gelöst werden kann. England ist bereit, den wahren Willen des pfälzischen Volkes zu respektieren, soweit er sich auf verfassungsmäßigem Wege auswirkt. **Es liegt uns durchaus fern, Frankreich zu diskreditieren**; aber **Großbritannien kann dem illegalen Separatismus nicht das Recht zuerkennen, sich als rechtmäßige Regierungsgewalt aufzuspielen und tatsächliche Veränderungen vorzunehmen.**"

Gegen Frankreichs Pfalzpolitik.

Nicht nur in weiten Kreisen Englands, sondern **auch in Italien** betrachtet man den **Mord von Speyer** als eine **traurige Folge der französischen Politik in der Pfalz**. Die „Stampa" widmet unter der Überschrift: „Eine tragische Farce" dem Separatismus einen Leitartikel, in dem es u. a. heißt: „Der Mord von Speyer war angesichts der in der Pfalz herrschenden Tyrannei unvermeidlich. Die von dem General de Metz verfügten Repressalien bedeuten nur eine neue Vergewaltigung des Vertrages von Versailles; denn **die Mordtat hat sich gar nicht gegen Angehörige der Besatzungstruppen gerichtet**, und somit geht sie nur die deutschen Behörden an. **De Metz erkennt durch seine Maßregeln an, daß Separatisten und Besatzungstruppen identisch sind. An diesem Punkte müßte die englisch-italienische Diplomatie einsetzen.** Denn es handelt sich hier um den **Vertrag von Versailles**, den die Pariser Regierung seit geraumer Zeit systematisch vergewaltigt, der aber nicht allein von Deutschland und Frankreich, sondern auch von England und Italien unterzeichnet ist. Diese Großmächte haben darum vollen Anspruch darauf, daß die Dinge in den Zustand zurückversetzt werden, die der Vertrag von Versailles vorschreibt. Und dieses Recht müssen sie nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch **um der Erhaltung des europäischen Friedens willen** zur Geltung bringen. Vom diplomatischen Standpunkt aus ist die Stellung Englands und Italiens in dieser Frage sehr stark; aber man muß diese Stellung endlich auch einmal zu nützen wissen."

Frankreich glaubt selbst nicht an den Separatismus.

Man könne, so heißt es in dem Artikel des „Echo des Paris" weiter, noch nach einer Einigung mit England suchen, denn Frankreich **glaube im Augenblick weder an die Kraft noch an die Dauer des „rheinischen" Separatismus.** (!) Unsere Bemühungen müßten darauf gerichtet sein, schreibt Pertinax, ein System der Reparationen auszubilden. Was würden wir wohl gewinnen, wenn wir ein Kartenhaus errichteten? Allerdings, heißt es in dem Artikel weiter, glaube man in Frankreich, daß die dauernde Anwendung des Versailler Diktats schließlich die Rheinlande von dem übrigen Deutschland trennen würde. Aber ein derartiges Phänomen könne **erst nach mehreren Jahren** reif werden. Es **bedeute das Ziel der französischen Politik (!), nicht aber ihren Ausgangspunkt.** Infolgedessen hindere Frankreich nichts daran, seinen Behörden die strengste Neutralität gegenüber den lokalen „Regierungen", die sich bilden, aufzuerlegen. (!)

(Ein sehr wertvolles und in seiner Wirkung auf unvoreingenommene Beurteiler im Auslande wohl kaum richtig berechnetes Geständnis. Es ergibt sich daraus mit aller Deutlichkeit, daß der **Separatismus eine künstlich gezüchtete Sache** ist, ein „Ziel", auf das die französische Politik hinarbeitet, und das erst in weiterer jahrelanger Arbeit **vielleicht** erreicht werden kann. Also handelt es sich nicht um eine Sache, die in der Bevölkerung Wurzel und Boden hat, sondern alles ist **französische Mache, um Deutschland zu schädigen**. D. Schriftl.)

Deutsche Protestnote.

Von Berliner amtlicher Seite wird jetzt der Wortlaut der deutschen Protestnote veröffentlicht, welche die Botschaft in Paris und die Gesandtschaft in Brüssel gegen die Anerkennung der sogenannten „Regierung der autonomen Pfalz" zu überreichen angewiesen worden sind. Auf Grund einer neu erfolgten Veröffentlichung des französischen Reichsdelegierten in Zweibrücken, Oberstleutnant **Deport**, wird festgestellt, daß die interalliierte Rheinlandkommission die Anführer des hochverräterischen Unternehmens in der Pfalz in aller Form als gesetzgebende Gewalt **anerkennt**. Die deutsche Regierung legt gegen diesen unerhörten Vorgang **Verwahrung** ein und fordert, daß die französische bzw. belgische Regierung sofort dagegen einschreitet.

Notenwechsel zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien.

Der deutschen Regierung sind die **Antworten Frankreichs und Belgiens auf ihre Vorschläge vom 24. Dezember vorigen Jahres** zugegangen. Die Antworten sind teils zustimmend, teils ablehnend. Bezüglich der **Einführung der Rentenmark** und der **Zulassung von Notgeld im besetzten Gebiet** macht Belgien seine Haltung von einer Änderung der Haltung des Deutschen Reiches in der Frage der Rheinisch-Westfälischen Bank abhängig. Die **Zollschranke an der Ostgrenze der besetzten Gebiete** hält die belgische Regierung nach wie vor für notwendig, aber die bereits in Gestalt von Einschränkungen und Lizenzen gewährten Erleichterungen bleiben in Kraft. Die belgische Note sagt zu, daß den bürgerlichen Rechten der deutschen Staatsangehörigen nicht Abbruch geschehen solle, vorausgesetzt, daß diese keinen Verstoß gegen die Pflichten begingen, die ihnen die internationalen Bestimmungen gegenüber den Besatzungsbehörden auferlegt.

Eine französische Stimme.

Der „**Temps**" beschäftigt sich in einem Leitartikel mit den Antworten Frankreichs und Belgiens auf die letzte deutsche Note und erklärt, die beiden Mächte seien bereit, alle Vorschläge anzuhören, die ihnen Deutschland zu machen habe, besonders opportun würden aber Anregungen Deutschlands sein, die sich auf das Hauptproblem beziehen würden, das den Schlüssel zu allem bilde, nämlich **wie man die Reparationszahlungen ausführen könne**.

Die Stellungnahme der deutschen Regierung.

Von zuständiger Seite wird dem „Berl. Tagebl." mitgeteilt: Über die **Stellungnahme der deutschen Regierung** zu der belgisch-französischen Antwort ist naturgemäß **noch nichts Abschließendes zu sagen**. Es darf jedoch darauf hingewiesen werden, daß die verschiedenen Ausstreuungen, die von einem günstigen Eindruck sprechen, mit gewissem Vorbehalt aufzunehmen sind. Es ist schon deshalb sehr schwer, im gegenwärtigen Moment Positives festzustellen, da nach Auffassung der Reichsregierung **eine Konversation im Gange** ist, **deren Ende noch niemand absehen kann**. Die Noten und die drahtlich übermittelte Wiedergabe von Unterredungen der Geschäftsträger bilden nur einzelne Abschnitte des fortlaufenden Gedankenaustausches. Beschlüsse der Reichsregierung werden erst dann zu erwarten sein, wenn auch Botschaftsrat v. Hoesch in Berlin eingetroffen sein wird.

Der Apotheker von Niedergersdorf

Roman von Otto Berndt.

(Nachdruck untersagt.)

I.

Herr Carlos Mergener stand vor der Tür seiner Einhornapotheke und sah über den Marktplatz von Niedergersdorf. Er hatte heute einen vollkommen neuen Sommeranzug an, der die dunkelrote Narbe, die sich über des Apothekers merkwürdig braunes Gesicht zog, noch mehr hervortreten ließ, und — ganz gegen seine Gewohnheit — eine Blume im Kopfloch. Auf seinem Gesicht lag ein etwas mephistophelisches Lächeln, mit dem er die erstaunten und neugierigen Gesichter der braven Einwohner von Niedergersdorf betrachtete. Da kam auch schon die Sensation.

Die Bahnhofstraße herauf kam über das holprige Pflaster eine Equipage. Kein Jagdwagen, aber auch nicht die alte Glaskutsche, die die alten Burgfräulein von Wendelsstadt, als sie Schloß und Gut Hellrungen noch halten konnten, immer benutzten. Nein, eine richtige moderne Equipage mit Gummirädern und ein paar edlen Rappen davor.

Auf dem Bock ein Livreekutscher und darin — darin eben die Sensation von Niedergersdorf — das Schloßfräulein von Hellrungen, die Millionenerbin! Und neben ihr saß eine sehr einfach gekleidete Frau mit verlegenem Gesicht — ihre Mutter!

Freilich, wie ein Schloßfräulein sah das nette, einfach in ein helles Sommerfähnchen gekleidete, sechzehnjährige Mädchen eigentlich gar nicht aus, dafür aber machte es vergnügte Augen und erwiderte die überfreundlichen, meist sogar sehr devoten Grüße der braven Niedergersdorfer, die nicht nur stehen blieben und geradezu Spalier bildeten, sondern auch die Fenster besetzt hielten, mit freundlichem Nicken.

Dann kam die noch größere Sensation des Morgens. Herr Carlos Mergener schritt auf die Equipage zu und rief — so laut, daß es die Passanten hörten:

„Guten Morgen, Kusine!"

Dann geschah das Unglaubliche!

Das Fräulein ließ den Kutscher halten und sagte sehr erfreut: „Guten Morgen, Vetter Karl — Mutter kennst Du wohl noch gar nicht? Und Du, Mutter, wußtest nicht, daß hier unser einziger Vetter lebt?"

Herr Carlos Mergener war entzückt.

„Entschuldigt einen Augenblick!"

Er rannte in die Apotheke und kam gleich darauf mit einem Blumensträuß zurück.

„Erlaube, liebe Kusine!"

„Wie aufmerksam!"

„Und wenn Du gestattest, komme ich am Sonntag zu Euch hinaus."

„Natürlich zu Tisch und erzählst von Brasilien!"

„Gern!"

„Auf Wiedersehen also am Sonntag!"

Und das alles geschah mitten auf dem Marktplatz, und Herr Carlos Mergener merkte jetzt erst, wie zahlreich die Zuschauer waren. Er rieb sich zufrieden die Hände, dann sah er sich um:

„Das habt Ihr nicht erwartet, Ihr Philister!"

Das dachte er natürlich nur, aber sein Gesicht hatte einen höhnischen Ausdruck.

Ganz Niedergersdorf war in Erregung!

„Weiß Gott, sie hat ihn geduzt!

„Und eingeladen!"

„Sogar zum Essen!"

„Sie hat ihn wirklich Vetter genannt!"

„Da stimmt was nicht!"

„Das ist Schwindel!"

„Wenn der ihr Vetter wäre, warum hat er es nicht längst gesagt?"

„Natürlich — kapern will er sie!"

„Kein Wunder, steckt bis über die Ohren in Schulden!"

Er war nicht beliebt in Niedergersdorf, der Herr Apotheker Carlos Mergener; und wenn ihn auch die Vorbeigehenden höflich grüßten oder — je nach ihrer gesellschaftlichen Stellung — seinen höflichen Gruß ebenso erwiderten, so trafen ihn doch noch mehr scheue Blicke, und — hätte es in Niedergersdorf noch eine zweite Apotheke gegeben, sicher wäre die Mehrzahl der Patienten zu ihr gewandert. Freilich, Herr Franz Schöllkofer, der Drogenhändler gegenüber, hatte von dieser stillen Scheu dem Apotheker gegenüber durchaus keinen Vorteil, denn seine Seifen oder Zahnwasser kaufte man jetzt erst recht in der Apotheke zum Einhorn — das gab besonders den Damen Gelegenheit, ein wenig zu gruseln, und dabei konnte er nichts verderben — wenn er wirklich ein Giftmischer war.

Dr. Cromer schüttelte den Kopf, wenn ihm solche Gedanken zu Ohren kamen.

„Das ist doch Wahnsinn! Mit gutem Recht sitzt Herr Carlos Mergener in seiner Apotheke! Er hat sie vom Vater ererbt, er hat alle seine Examina richtig und sogar mit Auszeichnung bestanden, er war ein volles Jahr Provisor in einer großen Apotheke in Berlin — ich weiß wirklich nicht —"

Dann schüttelte die Frau Ökonomierat, die Seele des Niedergersdorfer Kaffeeklatsches, die besonders oft gezwungen war, Doktor und Apotheker in Nahrung zu setzen, den Kopf:

„Wenn der Herr Amtsrichter Helmholtz reden wollte!"

Unsinn!"

„Aber, Herr Doktor, ich weiß doch!"

„Was wissen Sie? Daß Herr Mergener während seiner Tätigkeit in Berlin und auch vorher als Student ein lustiger Bruder gewesen ist — daß er Schulden hatte, mehr als es dem Papa lieb war — daß er dann nach Brasilien ging!"

Die Frau Ökonomierat hatte ein halb schadenfrohes, halb verängstigtes Gesicht und flüsterte dem Arzt zu:

„Und daß er dort drüben einen Menschen vergiftet hat."

Dr. Cromer sprang auf.

„Aber um Himmels willen, wie dürfen Sie sagen —"

(Fortsetzung folgt.)

Die Sachverständigen-Konferenz in Paris.

Aus Paris wird gemeldet: Den Mitgliedern der Konferenz zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands wurde eine umfangreiche Denkschrift unterbreitet, die zum großen Teile vom Garantiekomitee ausgearbeitet worden ist. Diese Denkschrift behandelt das Budget sowie die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands und den Stand der Reichs- und der Rentenbank. — Die Mitglieder des Ausschusses beabsichtigen, vor- und nachmittags und erforderlichenfalls auch noch nachts Sitzungen abzuhalten, um möglichst schon am Sonnabend nach Berlin abreisen zu können zwecks Fortsetzung der Arbeiten.

Die Rettung Europas: Die Wiederherstellung der deutschen Produktionskraft.

In der Montag-Vormittagsitzung der Sachverständigenkonferenz hielt der zum Vorsitzenden gewählte Amerikaner Dawes eine aufsehenerregende Rede, in der er unter anderm sagte, die **Hindernisse bei der Regelung der Reparationsfrage hätten ihren Ursprung im nationalen Hochmut**, in der Überheblichkeit und den egoistischen Interessen der verschiedenen alliierten Beamten, deren Vollmachten durch jeden mit Gewalt durchgesetzten interalliierten Akt vergrößert würden. Sie hätten ihren Ursprung desgleichen in den **unaufhörlichen Entstellungen der Wahrheit und dem unerträglichen Geschrei jener widerlichen Aasgeier, der nationalistischen Demagogen aller Länder, die in dem gemeinsamen Unglück ein Mittel sähen, ihre eigenen traurigen Persönlichkeiten in ein besseres Licht zu setzen.** Der Erfolg des Sachverständigenkomitees hänge völlig davon ab, daß in der öffentlichen Meinung und in dem Gewissen der Alliierten und der Welt eine genaue Vorstellung von dem Unglück vorhanden sei, von dem jeder einzelne der Alliierten und ganz Europa bedroht sei, wenn der gesunde Menschenverstand sich nicht durchsetze."

An einer anderen Stelle seiner Rede sagte Dawes: „Wir kommen zu Euch, um Euch nützlich zu sein. Wir nehmen an, daß Ihr mit Euren großen Erfahrungen uns gerufen habt, weil Ihr wollt, daß wir gemeinsam danach trachten wollen, eine Lösung des gesunden Menschenverstandes zu finden. Wir kommen fest entschlossen, uns durch nichts hindern zu lassen, Euch allen nützlich zu sein: vorausgesetzt, daß Ihr uns das Vertrauen und die Möglichkeit gebt zu einer Arbeit, die Euch und uns allen dienlich sein kann." Dawes sagte, daß die Amerikaner gegen Ende des Krieges die traurige Empfindung hatten, Europa werde schwer zur Einigkeit zurückfinden. Aber niemand hätte geglaubt, daß es so lange dauern würde, bis eine gemeinsame Richtung gefunden sei, und daß inzwischen Europa in die größte Gefahr gebracht werden könnte. „**Jetzt, nachdem das Haus in Brand steht, ruft die Reparationskommission nach der amerikanischen Wasserspritze; mit mathematischen Formeln und parteiischen Berechnungen ist jetzt nichts mehr zu machen.**" Der General erklärte, daß die Sachverständigen „ohne Furcht und ohne Gunst zu suchen" nach ihrer Überzeugung prüfen wollen, wie das deutsche Budget in Ordnung gebracht werden könne. „**Denn die Wiederherstellung der deutschen Produktionskraft ist der Ausgangspunkt für die Rettung Europas**". Mit einer Ironie, die nicht bitter klang, und deshalb tiefe Wirkung ausübte, sagte Dawes: „Jeder Mensch mit gesunden Sinnen weiß ungefähr, wie weit ein anderer Mensch laufen kann, aber wenn fünfzig Ärzte am Bette eines Sterbenden stehen, wird keiner von ihnen sagen können, wie weit dieser Mann einmal vorwärts schreiten wird, wenn ihm ein Wunder wieder auf die Beine hilft. Das ist der Fall Deutschlands. Wir sollen die Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen? Es wird zunächst wichtiger sein **zu prüfen, wie weit unsere eigene Fähigkeit und unsere Macht geht, den Tatsachen ins Gesicht sehen und zu handeln.**" Noch einmal kommt am Schlusse General Dawes auf die Einigkeit der Verbündeten im Kriege zurück. „Mit dem Vertrauen, das damals einer zum anderen hatte, mit dem Glauben an die göttliche Vorsehung und unsere eigene Kraft wollen wir alle daran arbeiten, daß bessere Tage für die Menschheit kommen."

Pressestimmen zur Rede des Generals Dawes.

Zu der Rede des Generals Dawes schreibt der „Petit Parisien": „Man kann Vertrauen dazu haben, daß General Dawes nicht zulassen wird, daß das eigentliche Ziel der Beratung sich in einer politischen Diskussion oder in Rechtsstreitigkeiten verliert. General Dawes wird sich an die Tatsachen halten und zunächst die Frage der Stabilisierung des deutschen Geldes und dann die Frage der Festlegung eines Haushaltsgleichgewichts in Deutschland prüfen. Die Entschädigungskommission wird aus den Ergebnissen dieser Prüfungen freie Schlüsse ziehen können." — Der „Gaulois" betont, daß General Dawes die Alliierten zu solidarischer Tätigkeit zwecks Niederkämpfung der gegenwärtigen Gefahr aufforderte, wie während des Krieges General Dawes sich gegen die Tendenzen stellte, die er in Europa fand. Man hat **den Eindruck, daß unter dem Einfluß des Generals Dawes eine** ernstliche Anstrengung gemacht werden wird, Europa aus der Lage zu retten, in der es sich befindet."

Hugo Stinnes über die Reparationsfrage.

Hugo Stinnes hat, wie neulich schon kurz gemeldet wurde, einem Vertreter des dem Comité des forges nahestehenden „Journal des Débats" in seinem Hause in Mülheim a. Ruhr interessante Erklärungen abgegeben und dabei auch einen eigenen Reparationsplan entwickelt. Auch Stinnes hält eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich für notwendig, diese könne aber gefährdet werden, wenn man gewisse Dinge vor die große Öffentlichkeit brächte.

Die Industrie kann nicht an Stelle des Reiches zahlen.

Das Abkommen mit der Micum sei der erste Schritt zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage. Die Ruhrindustriellen können aber natürlich nicht an Stelle des Reiches die Reparationszahlungen an Frankreich leisten. Schon die Übernahme dieser Zahlungen für eine beschränkte Frist sei eine große Gefahr für die Ruhrindustrie. Trotzdem hätte sie sich bis zum 15. April verpflichtet, weil die Bevölkerung der Ruhr Arbeit und Lebensmittel brauche und weil die Industriellen auch die Regelung der Reparationsfrage beschleunigen wollten. Der 15. April 1924 sei aber die äußerste Grenze, und auf jeden Fall müßten die Ruhrindustriellen dann wegen Mangels an Geld und an Kredit die Arbeit einstellen.

Notwendigkeit von Sachlieferungen.

Deutschlands einziges Heil sei die Arbeit und die Industrie das Werkzeug zu seiner Wiederherstellung und Befreiung. Deutschland könne keine großen Barzahlungen machen, sondern müsse in Form von Sachlieferungen zahlen. Das Wiesbadener Abkommen Rathenaus mit Loucheur sei in mancher Beziehung ganz vernünftig gewesen, aber eine Anzahl von Bestimmungen seien weder präzise, noch glücklich formuliert und hätten sich bei dem Abkommen mit Lubersac recht hinderlich gezeigt. Dieses Abkommen hatte bekanntlich Stinnes selbst mit dem französischen Großindustriellen Lubersac mit einem Provisionsgewinne von 6 Prozent abgeschlossen, während des Ruhrkampfes aber für ungültig erklärt.

Stinnes' Reparationsplan.

Stinnes unterbreitete dann den Journalisten seinen eigenen Reparationsplan. Zunächst müsse man feststellen, welche Sachleistungen Deutschland auszuführen imstande sei und welche Leistungen für die Reparation oder an die Gläubigerstaaten in Frage kommen. Dann müßten die Regierungen unter sich festsetzen, welchen Goldwert pro Jahr die Sachleistungen erreichen werden. Diese Jahresleistungen müßten dann durch langfristige, für 20 bis 30 Jahre abgeschlossene Kontrakte zwischen den Industriellen der vertragschließenden Staaten gesichert werden. Das Reich müsse den deutschen Industriellen ihre Lieferungen bezahlen. Die Lieferungen hätten direkt an französische, belgische oder italienische Verbraucher zu erfolgen. Diese würden ihren Regierungen den Wert der erhaltenen Lieferungen auszuzahlen haben und ihre Zahlungen wären auf Reparationskonto gutzuschreiben. Es komme darauf an, daß die langfristigen Lieferungsverträge unter den Industriellen der beteiligten Länder abgeschlossen werden und daß die Regierungen nur die Höhe der Jahreszahlungen festsetzen. Die deutschen Industriellen müßten nach Stinnes weiter die Gewißheit erhalten, daß das Reich ihnen die Lieferungen auch bezahlt. Das könne dadurch geschehen, daß gewisse Steuern für diesen Zweck reserviert und durch eine besondere alle Garantien und Sicherheit bietende Organisation erhoben werden. Es sei unerläßlich, daß die Industriellen für das gute Funktionieren derartiger Vereinbarungen volle Sicherheit erhielten.

Stinnes unterzeichnet nur, was er halten kann.

Falls diese Bedingungen erfüllt sind, erklärte Stinnes wörtlich, würden wir uns verpflichten, die Vereinbarungen auszuführen. Stinnes äußerte dann, in Frankreich habe man oft den Irrtum begangen, sich mit einem Papier und einer Unterschrift zu begnügen, ohne sich zu fragen, ob die Abmachungen ausführbar seien und die Unterschrift unter solchen Bedingungen überhaupt einen Wert habe. **Er für seinen Teil pflege zu halten, was er unterzeichne, und nur zu unterzeichnen, was er nach seinem Wissen auch halten könne.**

Wie bekommt man Geld von Amerika.

Stinnes versicherte, die Ausführung seines Planes würde für alle Teile von größtem Nutzen sein und überall Vertrauen und Wohlstand wieder herstellen. Schon allein die Tatsache, daß Deutschland und Frankreich geeint vor Amerika treten, eröffne bedeutende Ausblicke. Sein Sohn, der jetzt in Amerika weile, habe festgestellt, daß dort zurzeit keine Kredite für deutsche Industrielle zu erlangen seien, weil die Industriellen für die Schulden des Reiches haftbar gemacht werden. Deutschland und Frankreich wären für die fernen Kapitalisten heute Länder, wie Mexiko und Kuba, denen man kein Geld zum Verschwenden oder Kriegführen leihe. Das Geld sei aber vorhanden und warte auf seine Verwendung. Sobald eine Entspannung oder Einigung eingetreten sei, werde das Geld zum Vorschein kommen, und zwar zu Bedingungen, die überraschen würden. Es sei deshalb im deutschen und französischen Interesse, loyal ein sicheres Abkommen für die Regelung der Reparationen zu erstreben. Aber die Zeit dränge. Man habe nur die Wahl zwischen einer Liquidierung des gegenwärtigen Zustandes durch einen neuen Krieg und neue Ruinen und die Arbeit für den Frieden und eine dauerhafte Einigung zwischen den beiden Ländern, die nicht endlos Feinde bleiben können.

Der Sturz des französischen Frank.

„Die Zahlen reden".

Tardieu schreibt im „Echo National" unter der Überschrift: „Die Zahlen reden": „Am Ende der Regierung Clemenceau war das englische Pfund 41,48 Franks wert und der Dollar 10,99 Franks; am Beginn der Regierung Poincarés kostete das Pfund 50,86 Franks und der Dollar 12 Franks. Nach zwei Jahren Poincaré müssen wir das Pfund mit 96 Franks bezahlen und den Dollar mit 21,19 Franks."

Ueber die Ursachen der rapiden Kursverschlechterung

sagte Loucheur in einer Unterredung mit einem französischen Journalisten: „**Wenn sich eine politische Bewegung vollzieht wie etwa die Ruhrbesetzung,**" sagte Loucheur, „**dann bekommen die fremden Gläubiger Frankreichs Angst um ihr Eigentum und stoßen ihren Frankbesitz ab, um englische Pfunde und Dollars zu kaufen.** Diese Stimmung nutzen die ausländischen und vielleicht auch die französischen Spekulanten aus. Der Frank wird entwertet, weil anderes Geld gekauft wird, das — mit Recht oder Unrecht — für gesünder gilt. **Solange dieser Zustand fortbesteht, werden alle Versuche, den Frank gewaltsam zu heben, keinen Erfolg haben.**" Loucheur erinnert daran, daß er mit dem Finanzprogramm, das er im November 1922 vor der Kammer entwickelte, und in dem er die Ereignisse vorausgesagt habe. Er glaubt, daß der Anfang für eine Besserung darin bestehen muß, daß die Inhaber ausländischer Werte in Frankreich ihren Besitz gegen Zahlung in Franks zur Verfügung stellen. Die Regierung könnte dann mit den gesunden Werten dem kranken Frank wieder die alte Kraft geben. „Wenn man dieses Mittel nicht anwenden will, und wenn Auslandsanleihen nicht möglich sind, dann brauchen wir nicht weiter zu sprechen," schloß Loucheur. „Alle anderen Methoden können vorübergehende Besserung erzielen, aber sie werden das eigentliche Problem nicht lösen."

Die Folgen des Franksturzes: eine gewaltige Teuerung in Frankreich.

Loucheur erklärte dem Vertreter einer großen französischen Provinzzeitung, daß die Kosten des täglichen Lebens in Frankreich sich um das Fünffache verteuern, wenn der Dollar den Wert von 20 Franks behalte. Der Dollar ist aber in den letzten Tagen bereits auf 21 Franks gestiegen! „Wenn nicht bald schnelle Hilfe geschaffen wird, dann haben wir eine noch schlimmere Teuerung zu erwarten," sagte Loucheur.

Nach der Belgrader Konferenz.

Das Gesamtergebnis der Konferenz.

Der rumänische Außenminister Duka erklärte Journalisten gegenüber, daß die Konferenz besser ausgefallen sei als angenommen wurde, weil Benesch alle strittigen Pläne, vor allem die Erweiterung des französisch-tschechischen Bündnisses und seine Verknüpfung mit der großen europäischen Politik beiseite gelassen habe. Als erfreuliches Ereignis bezeichnet Duka die Besserung der Beziehungen zwischen Südslawien und Italien. Auch die Besserung des Verhältnisses zwischen der Tschechoslowakei und Polen durch Erledigung der Javorzynafrage finde Beifall. Duka hat im allgemeinen den Eindruck, daß das glückliche Ende der Konferenz darauf zurückzuführen sei, daß man gescheit genug war, der Krise auszuweichen. Benesch' „Einsicht in die Lage" der Dinge und die Rückstellung der Besprechung des Vertrages mit Frankreich rettete die Lage.

Die nächste Tagung der Kleinen Entente

soll im Juni oder Juli in Prag stattfinden.

Die Bedingungen der Kleinen Entente für einen Kredit an Ungarn.

Belgrad, 16. Januar. (Pat.) Nach Mitteilungen der Belgrader „Vremja" haben sich die Außenminister der Staaten der Kleinen Entente darüber geeinigt, Ungarn eine Anleihe unter nachstehenden Bedingungen zu gewähren: 1. Ungarn muß unbedingt die durch die Friedensverträge festgelegten Grenzen anerkennen; 2. von der Kreditsumme von 250 Millionen Goldkronen darf kein Teilbetrag zu Rüstungszwecken verwendet werden; 3. Ungarn muß sich verpflichten und Bürgschaft dafür leisten, daß die Dynastie Habsburg nie mehr auf den ungarischen Thron zurückkehrt. Außerdem verlangte Duka, daß Ungarn sich der Ansprüche auf die Integrität der Gebiete der Stephanskrone entsage und daß es unverzüglich die diesbezügliche Propaganda in Siebenbürgen einstellen solle. Eine ähnliche Forderung stellte Nintschitsch hinsichtlich des südslawischen Gebiets.

Deutsches Reich.

Die kommende Goldnotenbank.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Vorarbeiten für die Errichtung der deutschen Goldnotenbank sind bereits so weit gefördert, daß schon in einigen Wochen zu ihrer Errichtung wird geschritten werden können. Aus unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Bank Mitte März wird eröffnet werden können. Diese rasche Entwicklung ist auf die günstigen Ergebnisse zurückzuführen, die die Reise des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht nach der Schweiz, London und Holland gezeitigt hat. Die Goldnotenbank soll vollständig unabhängig von der Reichsbank aufgebaut werden, und es ist vorgesehen, daß die Rentenmark allmählich durch die Goldnoten eingelöst wird.

Ein Staatskommissar für Berlin?

Infolge der verschiedenen Mehrheitsverhältnisse im Berliner Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß es auch in dieser Woche noch nicht zu einer Klärung der Steuerfragen kommt. Die Lage ist so schwierig geworden, daß es aller Voraussicht nach zur Einsetzung eines Staatskommissars für Berlin und zu Neuwahlen für das Stadtparlament kommen wird.

Erkrankung v. Hoeschs.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist erkrankt und konnte am Montag noch nicht nach Berlin abreisen. Herr v. Hoesch leidet an einer Mandelentzündung, die sich etwas verschlimmert hat, weil Herr v. Hoesch seine Abreise nicht verschieben wollte und sich dazu zwang, am Sonnabend nachmittag wieder in der Botschaft zu arbeiten.

Festnahme des Privatsekretärs Ludendorffs.

Der Privatsekretär Ludendorffs, Ilshoefer, der Ludendorff auch freundschaftlich nahe steht, ist am Sonnabend nachmittag verhaftet worden. Ilshoefer war im Kriege Hauptmann und ist jetzt als Erzieher in einer Familie bei München tätig. Der Grund der Verhaftung wird zwar streng geheim gehalten, doch nimmt man allgemein an, daß er mit dem für Mitte Februar angesetzten Beginn des Prozesses gegen die Münchener November-Putschisten zusammenhängt. Nach einer anderen Lesart soll der Grund für die Verhaftung darin bestehen, daß der Generalstaatskommissar von Kahr Briefe an Ludendorff aus dem Auslande geöffnet, und darin enthaltene ausländische Gelder konfisziert habe, zusammen mit gewissen Mitteilungen, die zur Verhaftung geführt haben.

Aus aller Welt.

Ein neues Erdbeben in Japan.

London 16. Januar. (Pat.) Reuter meldet aus Osaka: Durch Erdbeben ist die telegraphische und telephonische Verbindung zwischen Tokio und Osaka unterbrochen. Die Eisenbahnverbindung zwischen Tokio und Yokohama ist erschwert. In der Tokioer Vorstadt Sugano brach Feuer aus. In der Nähe von Fujagawa fiel ein Eisenbahnzug infolge des Erdbebens in den Fluß; 6 Züge wurden aus den Schienen gerissen. In Tokio kamen 4, in Yokohama 6 Personen ums Leben. In Yokohama wurden 600 Häuser vernichtet.

Ein italienisch-albanischer Zwischenfall. Die Blätter bringen die Meldung von einem Zwischenfall in Valona. Der erste Offizier des dort angelangten italienischen Dampfers „Serajewo" wurde beim Betreten der Landungsbrücke von albanesischen Offizieren und Gendarmen schwer mißhandelt. Der italienische Gesandte verlangte sofort Genugtuung. Zunächst wurde das weitere Anlegen von italienischen Dampfern in Valona eingestellt.

Der Termin der französischen Kammerwahlen. „Echo National" meldet, daß einige Abgeordnetengruppen im Einvernehmen mit der Regierung eine Beschleunigung des Termins der Kammerwahlen vorbereiten. Dieser soll auf den 9. März festgesetzt werden.

Die englisch-afghanische Spannung. Die Beziehungen zwischen England und Afghanistan sind seit einiger Zeit wenig erfreulich, zumal nachdem einige englische Offiziere an der indischen Grenze ermordet wurden. Die afghanische Regierung hatte eine Strafexpedition gegen die Mörder unternommen, und diese hierbei verhaftet. Jetzt wird aus Lahoore gemeldet, daß die Mörder wieder in die Berge entflohen sind. Die Beziehungen Englands und Afghanistans werden dadurch erschwert, daß Rußland jede Bedrohung des Emirs von Afghanistan als gegen sich selbst gerichtet betrachtet und daß die sogenannte archäologische Mission der Franzosen in Kabul eine lebhafte politische Tätigkeit entwickelt. Man hofft, daß die Anordnungen Sowjetrußlands durch die Regierung der Arbeiterpartei auch zu einer Entspannung der Beziehungen zwischen England und Afghanistan beitragen und die dort bestehende Kriegsgefahr beseitigen würden.

Letzte Meldungen.

Reichsbankdirektor Schacht soll an der Sachverständigenkonferenz teilnehmen.

Paris, 16. Januar. (Pat.) Das Sachverständigenkomitee hat in der gestrigen Sitzung beschlossen, den deutschen Reichsbankdirektor Schacht zur Teilnahme an einer der nächsten Sitzungen des Komitees einzuladen. Schacht soll Angaben machen über eine Reihe von Fragen, die die Valutalage in Deutschland betreffen.

Die Kabinettsbildung in England.

Nach einer Meldung der „Times" hat sich Ramsay Macdonald entschlossen, die Mission der Kabinettsbildung auf sich zu nehmen, wenn er vom König dazu berufen wird. Das Programm Macdonalds umfaßt Angelegenheiten der Außenpolitik, das Arbeitslosenproblem und die Wohnungsfrage.

Der neue Führer der Pfälzer Separatisten.

Wolff meldet aus Speyer, daß die Leitung der vorläufigen Pfalzregierung der 23jährige Major der Separatistentruppen, Kuhn, übernommen hat.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Töchterchens
zeigen an

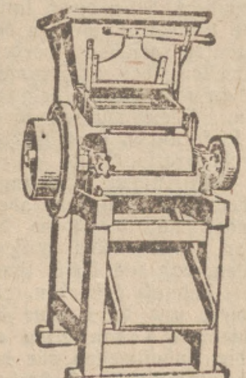
Felix Wiczynski
Jlse Wiczynski
geb. Haupt.

Gnuszyn, im Januar 1924.

In bestem Kreise Schlesiens verkaufe wegen Übernahme eines größeren Gutes mein **130 Morgen großes Gut** Rüben- u. Weizenboden mit prima Inventar und Gebäuden. Wohnhaus m. allen Bequemlichkeiten.
Preis 150 000 Goldm.
Anfrag. unt. „Gutskauf" postlagernd Schweidnitz (Dtschl.).

„DYWAN" Poznański Skład Dywanów
ul. Wrocławska 20. Tel. 37-49.
Spezialhaus in **Teppichen, Läufern, Bezügen usw.**
Grosse Auswahl! Mässige Preise!

Walzen-Schrotmühle
mit schräg geriffelten Hartgußwalzen



für Hand-, Göpel- und anderen Kraftbetrieb
liefern prompt und zu billigsten Preisen
Fabryka Maszyn **„HERKULES"** T. z o. p.
Gniezno.
Illustrierte Preisblätter kostenlos.
Günstige Einkaufsquelle f. Wiederverkäufer.

Wir kaufen bis auf weiteres jeden Posten
Fabrikkartoffeln
zu den günstigsten Bedingungen. Angeb. an
„Luban" Fabryka Przetworów Ziemniaczanych T.-A., Luboń.
Telephonanschluß Poznań: Nr. 5002, 5005 u. 3392.

Falzhufeisen, H- und Keilstollen
Pflugschare, Streichbleche
Huf- u. Drahtnägel
Kultivatorzinken, prima „Vacuum" Oele und Fette
liefert zu günstigen Preisen
„MECENTRA"
Maschinen-Zentrale, T. z o. p.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 13.

Lesen Sie ständig das
„Posener Tageblatt"
verbunden mit Posener Warte!
Grösste Auflage im Posener Bezirk.
Massgebende politische, deutsche Tageszeitung. Erstklassige Originalartikel / Vielseitiger Depeschen- und zuverlässiger Nachrichtendienst / Handelsblatt ersten Ranges.
Vorzügliches Insertions-Organ
Beliebtes Familienblatt mit reichem Unterhaltungsstoff: Romane, Novellen, Essays, Humoristisches, Rätsel usw. / Frauen- und Wirtschafts-Zeitung.
Abonnement kann täglich beginnen.
Verlag des Posener Tageblatts
Poznań, ul. Zwierzyniecka Nr. 6.
Postscheckkonto Poznań Nr. 200283.
Telephon-Nummer 3110 und 2273.

Gestern abend entschlief sanft unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Schwester,

Frau Helene Sasse

geb. von Tempelhoff

im Alter von 81 Jahren.

Dąbrówka, den 16. Januar 1924.

Luise von Zanthier, geb. von Loßberg
Wilhelm Sasse-Altreichenau
Amelie von Wedel, geb. Sasse
Hasso von Wedel, Major a. D.
Alice von Loßberg, geb. von Bake
Kurt von Tempelhoff-Dąbrówka
Amelie von Tempelhoff, geb. von Dziembowski
10 Enkel
5 Urenkel

Die Beerdigung findet Sonnabend 3½ Uhr in Dąbrówka statt. Wagen am Bahnhof.

Wir empfehlen zur **sofortigen** Lieferung als unsere **langjährige** Spezialität:
Häckselmaschinen
für Hand-, Göpel- und Kraftbetrieb.
Göpel
2—6spännig, 36—42 Touren.
Rübenschneider
für Kraftbetrieb mit Fest- u. Losscheibe.
Kreissägen
Oelgewinnungs-Anlagen.
MECENTRA
Maschinen-Zentrale, T. z o. p.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 13.

Ausverkauf von **Winterstoffen** zu herabgesetzten Preisen.

Ein besonders günstiges Angebot bilden folgende zwei Posten
guter, wollener, Bielitzer Stoffe
für Mäntel, Joppen, Anzüge, Hosen, Livréen und Kostüme.

Kazimierz Kużaj
En gros! Abteilung 2 En détail!
Sukiennice (Tuchhallen)
Poznań, Stary Rynek (Alter Markt) 56.

Versand durch die Post nur gegen Voreinsendung des Betrages. Muster werden nicht versandt. Umtausch, auch Rückerstattung des Betrages.
Unbedingte Reellität!!

3500 Meter zu 9 złoty (Gleichwert in Mkp.)
2100 Meter zu 12 złoty (Gleichwert in Mkp.)
Heutiger Fabrikpreis 13 u. 16 złoty.

Confiserie Walerja Patyk
Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6 (neben der Post).
Gegr. 1901. Telephon 3833. Schließfach 330.
Erstkl. Konfitürengeschäft am Platze
empfiehlt täglich frische Waren in großer Auswahl.
Ständige Ausstellung künstlerisch ausgeführter Bonbonnieren.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch, den 16. 1., um 7 Uhr: „La Bohème", Oper von Puccini.
Donnerstag, den 17. 1., 7½ Uhr: „Der Zigeunerbaron", Komische Oper von Strauß.
Freitag, den 18. 1., 7½ Uhr: „Sinfonie-Konzert". (Abonnement ungültig.)
Sonnabend, den 19. 1., 7½ Uhr: „Lohengrin", Romantische Oper von Wagner.
Sonntag, den 20. 1., nachm.: „Die Fledermaus," Komische Oper von Strauß. (Ерм. Preise).
Sonntag, den 20. „ 7½ Uhr: „Rigoletto", Oper von Verdi.

Schweig' still, mein Herz, — die 2. Serie, voller Poesie — mit der **ersten** des Dramas
„Das Märchen von der Liebe"
zugleich vorgeführt. Ukrainischer Chor mit einem Tenor von der Lemberger u. Agramer Oper und sentimentale Balalajki illustrieren den Inhalt.
Schweig' still
Teatr Pałacowy, plac Wolności 6.
Beginn um 4, 6 und 8 Uhr.

Kleinkohle
1000 Zentner, auch mehr oder weniger gebe ich an **Mühlen, Brauereien, Kalkbrennereien** usw. zu sehr vorteilhaften Preisen ab oder **tausche** gegen **Landesprodukte.** Gefl. Offerten an 4911
Wł. St. Chrapkiewicz, Pobiedziska Tel. 41.

Tausch.
2 Geschäftshäuser,
1 Hinterhaus mit 3 großen Läden zusammen 50 Zimmern. 1 modernes Fabrikgebäude an 2 Straßenfronten, 2 Einfahrten. Ganzes Anwesen 1906 modern erbaut, für alle Zwecke geeignet, auch einzeln zu teilen. Mit geeigneten Objekten, Land, Mühlen, Gasthäusern usw. wolle man sich direkt zwecks Erläuterung an den Eigentümer wenden. Die Objekte liegen in der berühmten Stadt Solingen (Rheinland).
Jan Kortylewski, Poznań—Sołacz,
Plac Spiski 2.

Tausch—Berlin!
Suche Landwirtschaft od. gutes Geschäftsgrundstück.
Biete im Tauschwege wertvolles **Grundstücksobjekt** von hohem Goldwert in **Groß-Berlin** u. schöne **Dreizimmer-Wohnung** mit Bad u. Nebengelaß. Ausführl. Angebote erb.
Kaczynski, **Berlin-Tempelhof,** Kaiser Wilhelmstr. 73.

Gutsbesitzerin in Polen (Kr. Culm a. Weichsel) sucht zwecks Versorgung von Verwandten in Pommern
Lebensmittel-Austausch
mit Gutsbesitzersfrau in Deutschland, die Verwandte in Polen zu versorgen wünscht. Angebote unter **Z. 4927** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Selbständiger Kaufmann, gebürtiger Posener, auf jedem Gebiete bewandert, **sucht** mit Kapital tätige oder stille
Beteiligung
an größerem Unternehmen. Offerten erbitte unter **G. 4931** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Verschiedenes

Jg. Dame erteilt **Klavierunterr.** in u. außer d. Hause. Gefl. Ang. m. Honorarang. u. **4894** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Junggeselle, Mitte 30, Besitzer einer Landwirtschaft von ca. 400 Mrg., wünscht die Bekanntschaft entsprechender ev. Dame zwecks
Heirat.
Off. mit Bild u. **L. B. 4918** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Geb. Dame, ev. Rel., gesund, von natürl. Wesen, d. Guten, Wahren, Schönen zugeneigt wünscht
Ehe
mit einem gereiften, guten Menschen. Lebe in geordneten Verhältnissen. Gefl. Nachricht erbitte bis 25. 1. 24 Off. u. **4926** a. d. Geschäftsst. d. Bl.



2 geräumige möbl. Zimmer
sofort zu vermiet. u. Offert. u. **4806** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.





Aus Stadt und Land.

Posen, den 16. Januar.

Der Postkurs für die zweite Januarhälfte.

Für die Zeit von heut, 16., bis zum 31. d. Mts. ist der zweiwöchige Goldfrank-Kurs für Post-, Telegramm- und Fernsprechgebühren auf 1 900 000 Mk. festgesetzt worden. Nach diesem beträgt der abgerundete Wert der Einheitsgebühren: zwei Einheiten 40 000, drei Einheiten 60 000, vier 80 000, fünf 100 000, sechs 120 000, sieben 140 000, acht 150 000, zehn 200 000, zwölf 240 000, vierzehn 275 000, fünfzehn 300 000, achtzehn 360 000, zwanzig 400 000, vierundzwanzig 450 000, fünfundzwanzig 500 000, dreißig 600 000, vierzig 800 000, fünfzig 1 000 000, sechzig 1 200 000, achtzig 1 500 000, hundert Einheiten 1 900 000 M.

Hiernach sind unter Zugrundelegung des von uns in der letzten Donnerstagsausgabe (Nr. 8) veröffentlichten und zur Aufbewahrung empfohlenen valorisierten Posttarifs die neuen Portosätze usw. sehr einfach zu berechnen. Ein Inlandsbrief (10 Einheiten) kostet 200 000 Mk., eine Inlandspostkarte (6 Einheiten) 120 000 Mk., eine Inlandsdrucksache bis 50 Gr. (3 Einheiten) 60 000 Mk., von 50—100 Gr. (5 Einheiten) 100 000 Mk., 100—250 Gr. (10 Einheiten) 200 000 Mk.; ein Inlandspaket bis 1 Kg. (30 Einheiten) 600 000 Mk., 1—5 Kg. (50 Einheiten) 1 Million, 5—10 Kg. (100 Einheiten) 1 900 000 Mk. usw. Im Auslandsverkehr (nach Deutschland usw.) kostet ein Brief bis 20 Gr. (30 Einheiten) 600 000 Mk., eine Postkarte (18 Einheiten) 360 000 M., eine Drucksache je 50 Gr. (6 Einheiten) 120 000 Mk. Die Einschreibgebühr für Postsendungen im Inlandsverkehr beträgt (20 Einheiten) 400 000 Mk., im Auslandsverkehr (30 Einheiten) 600 000 Mk. Bei Telegrammen im Ortsverkehr beträgt die Wortgebühr (8 Einheiten) 150 000 Mk., nach auswärts (24 Einheiten) 450 000 Mk., die Grundtaxe beträgt (80 Einheiten) 1 500 000 Mk.

Von der Brotspende der Altershilfe.

Am 11. Januar ist nun die erste Brotspende, die neben der Mittelstandsküche von der Altershilfe ins Leben gerufen ist, den Alten und Kleinrentnern zugekommen. Hundert Brote werden wöchentlich durch die evangelische, deutsche, katholische und jüdische Frauenhilfe verteilt. Wieder war die Gebefreudigkeit unserer deutschen Mitbürger in der Stadt, an die sich die Altershilfe diesmal besonders gewandt hatte, eine sehr dankenswerte, denn bis jetzt sind bereits 155 Brote monatlich sichergestellt. In ganz besonders hochherziger Weise haben einige Firmen durch große fortlaufende Zeichnungen unsere Arbeit unterstützt. Herzlichsten und wärmsten Dank sagen wir allen für ihre Opferwilligkeit, aber zugleich müssen wir immer wieder von neuem uns an unsere Freunde in Stadt und Land wenden und sie bitten, uns weiter zu helfen, auch dieses Liebeswerk durch Zuwendung von Roggen, Mehl und Geld zu unterstützen und uns zu helfen, die monatlich notwendige Zahl von 400 Broten aufzubringen.

Für die Gelder, die jede deutsche Bank entgegennimmt, werden wir den Gebern einen schriftlichen Dank aussprechen; für die Gelder, die bei den Geschäftsstellen der Tageblätter eingehen, wird in der Zeitung öffentlich quittiert werden.

Noch einmal richten wir an alle Deutschen in Stadt und Land die herzliche Bitte: Sichert den Alten ihr täglich Brot und zeichnet die Brotspende der Altershilfe!

Wohlfahrtsdienst, Altershilfe.

Auch der Salzpreis wertbeständig. Das Finanzministerium hat folgende valorisierte Salzpreise festgesetzt: Kochsalz 147,5 Franken die Tonne, gemahlenes Salz aus Wapno 123 Franken, Stücksalz aus Wapno 118,9 Franken, Salz aus Wieliczka und Bochnia zweiter Güte 102,5 Franken, Stücksalz aus Wieliczka und Bochnia 98,4 Franken, Vieh- und Industriesalz 24,6 Franken die Tonne.

Moderne Erdkunde „schwach". Von einer Londoner Weltfirma ging dieser Tage an einen hiesigen Herrn ein Brief ein mit folgender kuriosen Adresse: „Herrn N. N., Poznan (Polonia) ul. Wabrowskiego (soll natürlich Dąbrowskiego heißen) Nr. 216, Germany." An dieser englischen Firma scheint der Versailler Friedensvertrag spurlos vorübergegangen zu sein.

Der Posener Handwerkerverein veranstaltet lediglich für seine Mitglieder am Dienstag, 22. d. Mts., 7½ Uhr abends, in der Grabenloge einen Vortrag über das Vermögensteuergesetz mit sich anschließender Aussprache.

Der Vorstand des Kaufmännischen Vereins bittet uns mitzuteilen, daß die am Sonnabend, 19. d. Mts., in der Grabenloge stattfindende Ballfestlichkeit pünktlich 8½ Uhr mit einer Theateraufführung beginnt, die Mitglieder werden um recht zeitiges Erscheinen gebeten.

Zwei tödliche Unglücksfälle. Montag vormittag war der Gasanstaltsarbeiter Stanislaus Bednarek auf dem Grundstück der Gasanstalt mit dem Beseitigen des Schnees von einem Gebäude beschäftigt und stand dabei auf einer Leiter. Diese geriet plötzlich ins Rutschen; Bednarek stürzte ab und brach die Wirbelsäule. Er starb kurz nach seiner Einlieferung ins Stadtkrankenhaus. Der Verunglückte war verheiratet und wohnte ul. Kolejowa 9 (fr. Bahnstr.) — Gestern vormittag wurde in der Städtischen Bedürfnisanstalt in Solatsch die dort beschäftigte Wärterin Balbina Grätzer, Grudzieniec 48 (fr. Ziegelstr.) wohnhaft, infolge einer Gasvergiftung tot aufgefunden.

Selbstmord. Gestern erhängte sich vermutlich infolge von Familienzwistigkeiten in seiner Wohnung Piekary 14 (fr. Bäckerstr.) der Wächter des Stadtkrankenhauses Josef Mille, ein Mann von 56 Jahren. Er war verheiratet, Vater von mehreren Kindern und ein ordentlicher Mann.

Birnbaum, 15. Januar. Hier kostet seit einigen Tagen ein 2½-Pfund-Brot 550 000 M. (Glückliches Birnbaum! In Posen zahlt man bereits für ein knappes 2½-Pfund-Brot 700 000—750 000 M.!) — Auf dem letzten Wochenmarkte zahlte man für den Ztr. Roggen und Hafer 10—10½ Millionen, Seradella 9—10 Millionen, das Pfd. Butter 1 300 000—1 600 000 M., eine Futtergans 14 Millionen.

* **Inowrocław, 15. Januar.** Festgenommen wurde, wie der „Kuj. Bote" berichtet, am Sonnabend der hiesige Staatslotterie-Kollektor Jan Zieliński. Die Festnahme erfolgte auf Anordnung auswärtiger Polizeiorgane. Z. steht im Verdacht, einen schweren Diebstahl verübt zu haben. — An den Folgen einer Kohlengasvergiftung, über die wir bereits berichteten, ist am Sonnabend im Stadtspital der Schauspieler Władysław Proniewicz im Alter von 57 Jahren verstorben. Der Verstorbene wirkte über 30 Jahre lang als Tenor an der Warschauer Oper und Operette und ist erst vor einiger Zeit nach Inowrocław übergesiedelt.

* **Neubornі, 15. Januar.** Dem Jagdpächter Wilhelm Kutzner hier gelang es am Sonntag, auf seinem Jagdrevier aus einem Fuchsbau drei Füchse auszugraben und einzufangen, die in einer Röhre saßen.

(Siehe auch Seite 2 der Beilage.)

Handel und Wirtschaft.

Von den Banken.

△ **Fortschritte der Einführung der Goldrechnung.** Die Banken waren bisher die einzigen Gewerbetreibenden, die von der Goldrechnung nichts wußten. Alle anderen Gewerbetreibenden, Industrie und Warenhandel, sind längst zur Goldrechnung übergegangen. Die Banken dagegen suchten sich durch hohe „Zinsen", die nichts weiter als ein Ersatz für Valutaentwertung bedeuteten, hochzuhalten. Da aber die Valutaentwertung größer war, als die „Zinsen", so verloren sie allmählich ihr eigenes Barvermögen, da dies im Betriebe mitarbeitete. Der Hemmungsgrund für die Einführung der Goldrechnung war wohl der, daß es Staatskredite gab, die in Form von Staatsschulden auf dem Rücken der Steuerzahler an die Banken als Wechselkredit von der P. K. K. P. erteilt wurden. Es hätte auch sonderbar ausgesehen, auf der einen Seite in Gold zu rechnen, auf der andern Seite in Geld, oder wie es jetzt mit beginnender Klarheit in den Gesetzen heißt, „Billette der P. K. K. P.", zu rechnen. Jetzt ist es mit den Zahlengeldkrediten aus, hoffentlich ohne Ausnahmen. Den Banken fehlt also der letzte Rest des Betriebskapitals, denn den größten Teil hatten sie bereits verloren, da niemand mehr seine Ersparnisse in Billette der P. K. K. P. anlegt und das eigene Kapital entwertet ist. Infolgedessen suchen die Banken, sich Betriebskapital zu schaffen und gehen allmählich, wenn auch vorerst noch vereinzelt, dazu über, für Spareinlagen die Goldrechnung einzuführen, indem sie den eingezahlten Betrag in Schw. Frank oder Dollar umrechnen und nach dieser Rechnung auch wieder auszahlen. Andererseits geben sie Darlehen auf dieser Grundlage in Goldrechnung. Wir stehen erst am Anfang dieser Entwicklung. Sie bedeutet aber einen weiteren Schritt zur Rückkehr zur Goldrechnung und ist aufmerksam zu verfolgen.

Wirtschaft

Das Spiritusmonopol. Nach einer Information der „Rzeczpospolita" faßt das Finanzministerium bezüglich des geplanten Spiritusmonopols folgendes ins Auge: Den in den Brennereien hergestellten Spiritus nimmt ganz der Staat und gibt ihn zur Raffinade an die Raffinerien ab. Dann behält der Staat für sich nur die Menge Spiritus, die zur Herstellung von Reinschnaps nötig ist, der allein im Staatsmonopol verkauft werden soll. Außerdem verkauft der Staat Spiritus zu Gattungsschnäpsen, für Industriezwecke, für Apotheken, Ärzte usw. Der Staat verkauft seinen Reinschnaps nur an die Grossisten, die diesen dann selbst an die Detaillisten verteilen. Eigenen Ausschank wird der Staat nicht führen. Die Fabrikation von Gattungsschnäpsen, Likören usw. wird, wie bisher, in Privatunternehmen erfolgen. Es wird ein Spiritus-Staatsrat gebildet werden, in den Delegierte der interessierten Industriellen und Staatsbeamte berufen werden sollen. Die Tätigkeit des Rates wird in Gutachten über die Spirituspreise, die Brennereien, die Ausfuhrkontingente usw. bestehen. Die den ersten Produzenten gezahlten Spirituspreise werden so festgesetzt, daß sich die Produktion lohnt. Von der Einführung des Monopols erwartet man, daß die bisherigen Einkünfte aus dem Spiritus die im vergangenen Jahre 80 Millionen Goldfrank betrugen, im Laufe von ungefähr drei Jahren auf 200 Millionen Goldfrank steigen. Die Einführung des Monopols in ganz Polen wird sich auf mindestens zwei Jahre verteilen und mit den Ostgebieten und Kongreßpolen beginnen, weil dort das Monopol schon früher bestand, dann das ehem. österreichische und zuletzt das ehem. preußische Teilgebiet erfassen.

Von den Märkten.

Von den polnischen Warenmärkten. Auf dem Lodzer Manufakturwarenmarkt sind die Umsätze gegen Schluß des alten und zu Beginn des neuen Jahres recht schwach, die Offerten dagegen groß gewesen. Die Zahlungsbedingungen waren: zur Hälfte bar, zur Hälfte Wechsel mit 35 Tagen Ziel. Bei Wechseln erhöhte sich der Preis um 30—45 Prozent des Warenwertes. Die Kleinhändler waren über diese Bedingungen sehr unzufrieden, die ihnen eine sichere Kalkulation unmöglich mache. Es zeigte sich wieder einmal, daß die Großhändler gegen bar billiger verkaufen konnten als die Fabrikanten. Kurz vor den Feiertagen kamen ziemlich viele Händler aus Großpolen, die größtenteils Weißware kauften. Im Großhandel gab es nur geringes Geschäft. Zwirne hatten nur kleine Umsätze. Garne wurden nur von Händlern gekauft, von den Fabrikanten wegen der allgemeinen Arbeitseinschränkungen sehr wenig. Eine gewisse Belebung der Nachfrage zeigte sich für Norimbertwaren, die hauptsächlich aus der Provinz gekauft wurden.

Auch die Bialystoker Textilwaren hatten nur geringe Umsätze. Die Provinz verlangte nur Paletotstoffe, deren Preise sich erhöhten. Aus Rumänien sind keine Aufträge mehr eingegangen. Bezahlt wurde größtenteils in bar, da die Kalkulationen mit Wechseln bei der unbeständigen polnischen Valuta zu schwierig sind. Von den Norimbertwaren wurden gestrickte Shawls und Trikotartikel verlangt, ohne daß die Feiertage ein lebhafteres Geschäft gebracht hätten.

Vom Lemberger Manufakturwarenmarkt, wo die Preise in Dollar ausgegeben und bei Zahlung mit Wechseln um 35 Prozent erhöht werden, wird ein vollständiger Stillstand gemeldet.

Auf dem Ledermarkt sind die Preise in der 2. und 3. Dezemberdekade ständig erhöht worden. Bei voller Barzahlung betrugen die Preise für Warschauer Schlachtungen in Polenmark je Kilogramm: Rinderhäute bis 1,52 Millionen, Kälberhäute 1,95 Millionen, Roßhäute 23 Mill. (je Stück), für Provinzschlachtungen: Rinderhäute 1,38 Mill., Kälberhäute 1,7 Mill. Auf dem Bialystoker Ledermarkt hatten Rohhäute eine festere Tendenz. Sonst waren die Umsätze gering. Deshalb sind auch die Preise für ausländische Leder gefallen. Kurz vor den Feiertagen wurden von Warschauer Händlern größere Posten weiches und hartes Leder gekauft. In Lemberg, wo das Geschäft im allgemeinen schwach liegt, wurden u. a. folgende Preise notiert: Bolechower Juchten 6,2—6,8 Mill., Inlandsboxcalf 800—880 000, Brandsohler 2500—2700, Croupons 3,8—4 Mill., Rindbox 800 000 bis 1 Mill., ausländische Ware: Croupons 1—1,12 Dollar, halbe Vacheleder 0,8—0,9, Büffel 0,7—0,82 Dollar. Der Handel mit Schuhwaren war belebt. Ein Paar ausländische Schuhe kostete über 5 Dollar, inländische 4—4,4.

Leder und Häute. Posen, 14. Januar. (In Dollar.) Sohlenleder per kg 0.70—0.93½. Kroupon 1.34. Oberboxcalf schwarz per Fuß 0.30, Alaunleder 0.75, Bock 0.60. Schäfte 1.38. Besatzleder schwarz und braun 1.20. Tendenz fest. — **Posen** 14. Januar. (In 1000 Mkp.). Rind gesalzen 950, trocken 1700, Kalb gesalzen Stück 11 000, trocken 7000, Hammel gesalzen woll. 800, trocken woll. 1400, gesalzen nackt 1000, Ziege Stück 8000, gesalzen 6000, Roß gesalzen 20 000, trocken 18 000, Fohlen 3000, trocken 3000, Winterkatze 1000, Zicke 300. Frühjahrsreh 1500, Winterhase 1500, Kaninchen 1000, Lamm 250, Roßhaar 3500, Mähnenhaar 2000. Tendenz beständig.

Edelmetalle. Warschau, 14. Januar. (Im freien Verkehr für 1 Gr. fein in 1000 Mkp.) Gold 7500, Platin 37 500, Silber 240 — 1 Goldrubel 6350, 1 Silberrubel 3800, bilon 1600.

Metalle. Berlin, 14. Januar. Raff. Kupfer 1.04—1.07, Orig. Hüttenweichblei 0.51—0.56, Hüttenrohzink 0.61—0.62, Remeltedplattenzink 0.50—0.52, Orig. Aluminium 2.00, in Barren 2.10, Bancazinn 4.65—4.70, Hüttenzinn 4.50—4.55, Reinnickel 2.30—2.40, Antimon Regulus 0.65—0.67, Silber in Barren 88.5 —89.50.

Produkten. Chicago, 14. Januar. Weizen (Mai) 109.20 (Juni) 108.12, Mais (Mai) 78.12, (Juni) 79.12, Hafer (Mai) 46.75 (Juni) 44.87, Roggen (Mai) 75.12 (Juni) 75.62. — **Hamburg,** 14. Januar. (In Goldmark.) Weizen 153—164, Roggen 140—144, Hafer 120—124, Wintergerste 165—175, Sommergerste 165—167, Mais 170—167, Reis 16 sh.

Börse.

Warschauer Börse vom 15. Januar 1924. Die heutige Börse ist wieder etwas schwächer. Die Nachfrage ist nicht so stark und der Dollar liegt fest bei 9.85 M. Paris und Brüssel sehr schwach mit fallender Tendenz. Schweizer Frank 1.7 M., Goldfrank 1.898 M., holl. Gulden 3.632 M., Tschechenkrone 283 750. Effekten bleiben ebenfalls schwach. Die Bewegung an der Börse ist vollkommen lustlos. Realisation stärker, Kauflust fast gar nicht vorhanden. Es notieren folgende Werte für Bankaktien: Dyskontowy 16.75 M., Handlowy 16 M., Kredytowy 3 M., Spółdzielczy 17 M., Zachodni 6 M., Związku Spółek Zarobk. 24 M., Związku Ziem. 630; Industriewerte: Cerata 875, Sole Potasowe 33 M., Grodzisk 4.6 M., Kijewski 18.2 M., Puls 2 M., Spieß 5.125 M., Strem 70 M., Wildt 900, Chodorów 28 M., Michałów 8 M., Tow. Fabr. Cukru 19.25 M., Cegielski 3.65 M., Fitzner u. Gamper 35 M., Rau 3.75 M., Modrzejów 37 M., Ortwein 1.65, Starachowice 18.25, Zieleniewski 65 M., Żyrardów 1250 M., Haberbusch 16.25 M., Polska Nafta 2.3 M., Nobel 7.2 M., Spiritus 14.75 M., Ćmielów 7.1, Brown Boveri 6 M., Tkanina 420, Mlynotwornia 6.5 M., Polbal 400. (M. = Millionen Mkp. Alle anderen Notierungen in 1000 Mkp.)

Die P. K. K. P. zahlte am 14. 1. 24 (in 1000 Mkp.) für Goldmünzen (in Klam. Silbermünzen): Rubel 5040.5 (3351.6), Mark 2334 (931), österr. Krone 1984.9 (777.3), latein. Münzeinheit 1890.5 (777.3), Dollar 9800 (4479), Pfund Sterling 47 685 (sh. 973.8), türkisches Pfund 42 981, schwedische Krone 2625.7 (1117.2), österr. Dukaten 22 415 (fl. 2068.6), belgische und holländische Dukaten 22 363, holländischer Gulden 30 336 (1759.5). 1 g Feingold 6512.4 (186.2).

Warschauer Börse vom 14. Januar (Markt der nichtnotierten Werte). Chybie 70 000 dr., Kujawy 105 000, Zbiersk 4500, Zdunny 175 000, Gazy 160 000, Jaworzno 135 000, Kauczuk 650, Lokomotywy 7000, Nitrat 1900—2000, Opatówek 550—800, Machlejd 3000, Hurt. Opałowa 90, Guma Rubber 145, Elektrownia na Sanie 1050—1150.

Berliner Börse vom 14. Januar. (In Millionen Mk., Wien und Budapest in 1000 Mk.) **Amsterdam** 1 596 600, Brüssel 172 069, Christiania 604 485, Kopenhagen 73 150, Stockholm 1 124 182, Helsingfors 16 732, Italien 19 009, **London 17 955 000, Neuyork 4 189 500**, Paris 189 525, **Schweiz 742 140**, Spanien 538 650, Lissabon 138 652, Japan 1 895 250, Wien abgest. 60 598, Prag 125 186, Budapest 156 607, Bulgarien 30 423, Jugoslawien 48 378.

Ostdevisen in Berlin vom 14. Januar. Freiverkehr. (In Millionen, polnische in 1000.) Auszahlung: Bukarest 21 292 G., 21 608 B., Riga 818 800 G., 832 200 B., Reval 10 719 G., 10 881 B., Kowno 425 700 G., 434 400 B., Kattowitz 350 G., 360 B. — Noten: polnische 326 G., 344 B., lettische 765 350 G., 804 650 B., estnische 9945 G., 10 455 B., litauische 424 100 G., 445 300 B. — Zugeteilt wurden auf Litauen 25%, alles übrige voll.

Züricher Börse vom 14 Januar. (Amtlich) Neuyork 5.78, London 24.56, Paris 25.35, Wien 0.0081, Prag 16.17, Mailand 25.75, Brüssel 23.875, Budapest 0.0255, Helsingfors 14.50, Sofia 4.125, Amsterdam 216.50, Christiania 82.75, Kopenhagen 100.75, Stockholm 151.75, Madrid 73.62, Bukarest 2.97, Berlin 1.35, Belgrad 6.50, Athen 11.50, Konstantinopel 3.07.

Warschauer Vorbörse vom 16. Januar.

Dollar 9 700 000—9 850 000. Engl. Pfund 41 600 000. Schweizer Franken 1 700 000. Französischer Franken 130 000.

Valorisierungsfrank vom 17. Januar 1924 1 900 000 Mkp.

Warschauer Börse vom 15. Januar.

Devisen:

Belgien	400 000—395 000	Prag	285 500—283 750
London	41 950 000—41 600 000	Schweiz	1 710 000—1 700 000
Neuyork	9 900 000—9 850 000	Wien	138.80—138.00
Holland	3 651 000—3 632 000	Italien	435 000—433 000
Goldfrank	1 898 000	Złotybons IIa	1 600 000
Paris	433 000—395 000		—1 425 000—1 550 000

Die Goldmark in Polen, errechnet aus dem Dollarkurs der Warschauer Vorbörse vom 16. 1. 24 (1 Dollar = 4.20 Goldmark) 2 345 500 Mkp.

Danziger Dollarparität, errechnet aus dem Guldenkurs der Danziger Vorbörse vom 16. 1. 24, 1 Dollar in Polen = 11 573 500 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark), 1 Goldmark = 2 799 500 Mkp.

Danziger Mittagskurse vom 16. Januar.

1 Million poln. Mark	0,50 Gulden
1 Dollar	5,83 "

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 16. Januar 1924.

(Ohne Gewähr.)

Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation.)

Weizen	34 000 000—36 000 000	Peluschken	26 000 000—29 000 000
Roggen	22 000 000—24 000 000	Seradella	20 000 000—25 000 000
Weizenmehl	60 000 000—66 000 000	Wicken	23 000 000—26 000 000
Roggenm.	40 000 000—44 000 000	Felderbsen	30 000 000—35 000 000
Gerste	21 000 000	Vikt.-Erbsen	55 000 000—58 000 000
Braugerste	23 000 000—25 000 000	Roggenstr., lose	2 700 000—3 200 000
Hafer	22 000 000—24 000 000	" gepr.	5 400 000—6 400 000
Weizenkleie	19 000 000	Heu, lose	4 000 000—4 600 000
Roggenkleie	17 000 000	" gepr.	8 000 000—9 200 000

Starke Nachfrage. — Tendenz: fest.

Posener Viehmarkt vom 16. Januar 1924.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: I. Sorte 170 000 000—175 000 000 M., II. Sorte 155 000 000—160 000 000 M., III. Sorte 130 000 000 M. — Kälber: I. Sorte 150 000 000 M., II. Sorte 120 000 000—130 000 000 M., III. Sorte 100 000 000 M.

II. Schweine: I. Sorte 220 000 000—230 000 000 M., II. Sorte 200 000 000 M., III. Sorte 180 000 000—185 000 000 M.

Der Auftrieb betrug: 28 Ochsen 141 Bullen 153 Kühe, 223 Kälber, 1443 Schweine 48 Schafe, 6 Ziegen. — Tendenz: ruhig.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 16. Januar.

Das Bezirkslandamt in Posen gibt bekannt, daß es alle Akten betr. die Besitzungen, Ansiedlungen, Parzellierungen und anderen Grundstücksangelegenheiten aus den Kreisen Strasburg, Kulm, Konitz, Soldau, Mewe, Graudenz, Karthaus, Berent, Löbau, Putzig, Zempelburg, Stargard, Schwetz, Dirschau, Thorn, Tuchel, Briesen und Neustadt auf Grund der Verordnung des Ministeriums für Agrarreform dem Bezirkslandamt in Graudenz überwiesen habe. Alle Interessenten müssen sich seit dem 1. Januar d. Js. in ihren die Besitzungen, Ansiedlungen usw. betreffenden Angelegenheiten an das genannte Bezirkslandamt wenden.

× **Diebstähle.** Gestohlen wurden von einem in der ulica Wroniecka (fr. Wronkerstr.) stehenden Wagen ein Paket mit 60 Porzellantassen, 4 Porzellankannen, mehreren Bratenschüsseln und Näpfen im Werte von rund 60 Millionen M., aus den Häusern ul. Działyńskich 8 (fr. Naumannstr.) und Wierzbięcice 22 (fr. Butterstr.) Bettbezüge im Werte von 50 bzw. 40 Millionen M.

× **Zusammenstoß.** Gestern stieß in der ul. Dąbrowskiego (fr. Gr. Berliner Str.) ein Kraftkrankenwagen des Städtischen Krankenhauses mit einem Straßenbahnwagen der Linie 2 zusammen. Außer einigen am Krankenwagen zertrümmerten Scheiben ist kein Schaden entstanden.

× **Polizeilich festgenommen** wurden gestern: 2 Betrunkene, 2 Dirnen, 1 Obdachloser, 1 Person wegen Unzuchtverdachts, 3 Personen wegen Diebstahls.

* **Neustadt,** 15. Januar. Auf der Grenzstation Strzebielino wurden sechs Eisenbahnwagen mit Schweinefleisch und Gänsen beschlagnahmt, die nach Deutschland verschoben werden sollten. Das Schmuggelgut wurde, wie der „Sl. Pom." berichtet, in Neustadt zu mäßigen Preisen an die Bevölkerung verkauft. Der Schmuggelversuch wird einer Person zugeschrieben, die im Kraftwagen die Kassubei bereiste, um Schweine aufzukaufen.

* Neutomischel, 14. Januar. Beim Rodeln verunglückte am Sonntag der Fleischerlehrling Paweł Walkowiak aus Bukowiec, der beim Fleischermeister Korn hier in der Lehre ist. Er fuhr mit einem Freunde von den Glinauer Bergen herunter und brach sich dabei den unteren Fuß, während das Kniegelenk ausgerenkt wurde.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

□ **Lemberg,** 16. Januar. Die Untersuchung des Eisenbahnunfalls bei Rudnia-Poczajowska, über den wir gestern berichteten, hat nach der „Agencja Wschodnia" ergeben, daß der Stationsvorsteher von Rudnia, namens Zawadka, an dem Unglück die Schuld trägt, da er den Zug 244 aus Rudnia abließ, obwohl aus Michałówka die Ankunft des Zuges 243 angesagt war.

Aus Ostdeutschland.

* **Glogau,** 13. Januar. Eine unerwartete Freude wurde den Kaufmann Karitzschen Eheleuten an den Weihnachtsfeiertagen zuteil. Ihr für tot erklärter Sohn Alfred, Unteroffizier 7. Komp. Inf.-Regts. 51, der am 11. Februar 1916 verwundet in französische Gefangenschaft geraten war, kehrte jetzt in zerlumpten Sachen zurück. Er sprach bei den Eltern unerkannt vor und bat um etwas Essen, das er auch erhielt. Nach dem Essen gab er sich zu erkennen, worüber die Freude groß war. Er erzählte, daß noch mehrere Gefangene aus Schlesien dort festgehalten werden.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

B. 100. Unseres Erachtens sind Sie zur Zahlung dieser Erbschaftssteuer nicht verpflichtet.

A. in G. Zu Ihren Anfragen ist allgemein zu sagen, daß es für die ziffernmäßige Zinszahlung bzw. Zurückzahlung von Hypotheken gesetzliche Bestimmungen noch nicht gibt, Gläubiger und Schuldner mithin auf mündliche Vereinbarung angewiesen sind. Der Zinssatz von 24 Ztr. Roggen kann in Ihrem Falle als angemessen bezeichnet werden. Die Roggennotiz unterliegt ebenfalls freier Vereinbarung. Der Schuldner kann zwar die Hypothek kündigen, doch braucht sie der Gläubiger nicht anzunehmen, wenn er mit der gewählten Währung nicht einverstanden ist.

M. K. in N. 1. Uns ist eine derartige Gesellschaft weder in Polen noch in Deutschland bekannt. 2. Sie müssen sich an eine Devisenbank, z. B. die Posensche Landesgenossenschaftsbank oder die Bank für Handel und Gewerbe, beide in Posen, wenden. Für die Überweisung haben Sie die Gründe überzeugend nachzuweisen.

F. M. in Kr. 1. Wie diese Entscheidung sich in die Praxis umsetzen wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. 2. Ja, das kann er.

Neues vom Tage.

Ein Mißgeschick der Königin von Dänemark.

Aus Kopenhagen wird ein Unfall gemeldet, der dem dänischen Königspaar zustieß. Der König und die Königin sahen, auf dem Eise stehend, der Arbeit eines Eisbrecherdampfers zu. Plötzlich brach das Eis unter der Königin und sie versank augenblicklich im Wasser. Der König stürzte sofort zur Rettung herbei und zog seine Gattin aus dem Wasser.

Der König von Griechenland im Auto verunglückt.

Nach einer Meldung aus Czernowitz hatte der König von Griechenland während seines Aufenthaltes in Rumänien bei einer Autofahrt einen Unfall dadurch, daß sein Wagen mit einem anderen Wagen zusammenstieß. Während der König unverwundet blieb, erlitt die Königin schwere Verletzungen. Der Zusammenstoß wird von manchen auf einen Anschlag zurückgeführt.

§ **Amundsen plant eine neue Nordpolexpedition.** Nach einer Stockholmer Meldung bereitet der norwegische Nordpolfahrer Rauld Amundsen eine neue Expedition mit vier Flugzeugen nach dem Nordpol vor. Die Flüge sollen während der Monate Mai und Juni unternommen werden. Die Kosten trägt die amerikanische Zeitschrift „Aeronautikel Digest", die 150 000 Dollar zur Verfügung gestellt hat.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.